



Dr. Lars Hänsel ist
Auslandsmitarbeiter
der Konrad-Adenauer-Stiftung in
Israel.

FRÜHER EINSATZ – FRÜHER AUSSTIEG? DIE BISHERIGE POLITIK DER OBAMA- ADMINISTRATION IM NAHOSTKONFLIKT

Lars Hänsel

Bereits seit den ersten Tagen ihrer Amtszeit bemühte sich die Obama-Administration, den Friedensprozess im Nahen Osten entscheidend voranzubringen. Obama verfolgte damit auch im Nahen Osten seinen neuen paradigmatischen Ansatz des Engagements. Dies steht in einem bewussten Gegensatz zu seinem Vorgänger im Amt. Nicht zuletzt zur Stärkung dieses neuen Kurses wurde Obama der Friedensnobelpreis verliehen. Dennoch haben diese Bemühungen im Nahen Osten bis jetzt keine positiven Ergebnisse erbringen können. Die Situation ist so festgefahren wie lange nicht mehr. Während unter George W. Bush Israelis und Palästinenser noch miteinander am Verhandlungstisch saßen, wird jetzt dieses Prinzip grundsätzlich hinterfragt. Nun haben die USA grundsätzlich zwei Handlungsoptionen: die Bemühungen neu zu starten und zu intensivieren, oder die Intensität der eigenen Bemühungen zurückzufahren. Sich ganz herauszuhalten ist keine Option – dazu ist der Nahostkonflikt auch für die USA zu wichtig.

In seinem Wahlkampf hatte Obama keine tief gehende Strategie für den Nahen Osten entwickelt. Seine damalige Herausforderin Hillary Clinton kritisierte ihn daraufhin mit der Aussage, Worte seien nicht genug, um diesen Konflikt zu lösen. Auf Erfahrungen in der Region basierendes Handeln sei notwendig, so Clinton damals.

In Israel wurde ein als privat deklariertes Kurzbesuch Obamas im Juli 2008 sehr positiv aufgenommen, bei dem er auch die Gedenkstätte Yad Vashem besuchte. Israel hatte sich umgekehrt mit dem Einstellen der Kampfhandlungen im Gaza-Streifen darum bemüht, die Inauguration Obamas und den Beginn seiner Amtszeit nicht zu belasten.

Noch zu Amtsbeginn waren die Grundlinien der Politik Obamas in Bezug auf den Nahostkonflikt weitgehend unklar. Deshalb beobachtete man in Israel genau das Verhalten des amerikanischen Präsidenten in den ersten Monaten seiner Amtszeit. Grundsätzliche Hoffnung verband man mit einem Neuanfang der Nahostpolitik nach den Jahren der Bush-Administration.

HOHE BEDEUTUNG DES NAHOSTKONFLIKTES

Zu Anfang ging man in Israel davon aus, dass angesichts noch dringenderer innen- und wirtschaftspolitischer Probleme sowie der Krisen in Afghanistan und im Irak der Nahe Osten an Priorität verlieren würde. Thomas Friedman äußerte sich hierzu bei der Sicherheitskonferenz in Herzliya im Februar folgendermaßen: „Obama has three priorities: banks, banks, banks – and none of them is the West Bank.“

Aus diesem Grund erwartete man in Israel zunächst eine zögerliche Haltung Obamas, ohne intensive Beschäftigung mit den Problemstellungen im Nahen Osten. Doch schon bald wurde deutlich, dass Obama schnell handeln würde, um nachweisbare Ergebnisse produzieren zu können.

Ein erstes Zeichen der Bedeutung des Nahostkonfliktes für die neue Obama-Politik war die Bestellung des ehemaligen Senators George J. Mitchell zum neuen Nahost-Gesandten. Mitchell war als „Macher“ bekannt, insbesondere durch seine Ausdauer im Nordirlandkonflikt, die schließlich in einem Friedensabkommen gipfelte. Im Nahen Osten war Mitchell durch den nach ihm benannten *Mitchell-Report* des Jahres 2001 bekannt. Der Bericht wurde zu einer wesentlichen Grundlage der so genannten Road Map, die nach der Intifada Palästinenser und Israelis wieder an den Verhandlungstisch bringen sollte. Vom Nahost-Quartett wurde die Road-Map beiden Seiten vorgelegt, wobei allein Israel 14 Vorbehalte

Ein erstes Zeichen der Bedeutung des Nahostkonfliktes für die neue Obama-Politik war die Bestellung des ehemaligen Senators George J. Mitchell zum neuen Nahost-Gesandten. Mitchell war als „Macher“ bekannt, insbesondere durch seine Ausdauer im Nordirlandkonflikt, die schließlich in einem Friedensabkommen gipfelte.

einbrachte, schließlich aber per Kabinettsbeschluss das Dokument dennoch akzeptierte. Seitdem gilt die Road Map als Referenzgröße für alle Verhandlungen.

Mitchell besuchte Israel zum ersten Mal bereits kurz vor den Wahlen im März 2009, um die Positionen der aussichtsreichsten Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten kennenzulernen. Die Wahlen in Israel brachten den Likud und damit Benjamin Netanjahu zum zweiten Mal an die Macht. Das Treffen Obamas mit Netanjahu im Juli 2008 galt als herzlich. Innerhalb Israels attestierte man Netanjahu, der bereits sein Land als Botschafter bei den Vereinten Nationen vertreten hatte, große Erfahrung im Umgang mit den USA. Dennoch wurde deutlich, dass man sich in Israel auf ein neues Verhältnis und möglicherweise Spannungen mit den USA würde einstellen müssen.

WACHSENDE SPANNUNGEN USA – ISRAEL

Grund hierfür waren zunächst der neue globale Ansatz Obamas (mit besonderen Auswirkungen auf den Nahen Osten), der nicht wie sein Vorgänger den Kampf gegen Terrorismus und die „Achse des Bösen“ in den Vordergrund stellte, sondern in seinem „Engagement“ ein neues Zugehen auf die muslimischen Staaten und eine Verknüpfung des Nahostkonfliktes mit anderen Problemen in der Region verstand.

Dieses Zugehen fand seinen Höhepunkt in der Rede Obamas an der Universität Kairo. In dieser blieb Obama zwar in Bezug auf konkrete Schritte für den Nahen Osten vage, bekannte sich jedoch zur Schaffung eines palästinensischen Staates und zur Zwei-Staaten-Lösung. Eine umfassende Strategie zu Erreichung dieses Zieles war damit nicht verbunden.

Benjamin Netanjahu reagierte seinerseits darauf mit einer Rede an der Bar Ilan-Universität, in der er über den bisherigen Ansatz eines „wirtschaftlichen Friedens“ hinausging, für den er schon wichtige Schritte etwa beim Abbau von Checkpoints geschaffen hatte. Er bekannte sich jetzt erstmals öffentlich zur Schaffung eines palästinensischen Staates, der – wie dies seit den Oslo-Verhandlungen auch von linken Friedenspolitikern gefordert und Teil der Genfer Initiative wurde – demilitarisiert sein sollte. Dennoch konnte Netanjahu die Zweifel nicht ausräumen, seine Zustimmung für einen palästinensischen Staat sei nur auf amerikanischen Druck zu-

stande gekommen. Außerdem musste er (vor allem aus Koalitionsgründen) seine Zustimmung zu einem palästinensischen Staat durch die Forderung der Anerkennung Israels als jüdischen Staat seitens der Palästinenser konditionieren.

NICHT DER IRAN, SONDERN DIE SIEDLUNGS- FRAGE RÜCKT IN DEN FOKUS

Besonders sensibel reagierte man in Israel, nachdem deutlich wurde, dass sich das Dialogangebot Obamas auch auf den Iran bezog. Auch hier versuchte Obama Konfrontation durch Dialog zu ersetzen. Dies musste in Israel negative Reaktionen auslösen, betrachtete man doch einerseits die bisherigen Verhandlungen der „EU 3“ als ergebnislos und sah andererseits in einem nuklear bewaffneten Iran die größte Bedrohung für Israel. Bis heute ist eine Einigung mit dem Iran nicht abzusehen.

Die Irritationen nahmen zu, als die USA begannen, die israelische Siedlungspolitik nicht nur zu kritisieren, sondern einen radikalen Baustopp zu fordern. Die Forderung eines Baustopps war zwar bereits in der Road Map festgelegt, hatte jedoch Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern nie verhindert. Das bisher von den USA anerkannte bzw. stillschweigend geduldete Prinzip des „natürlichen Wachstums“, welches den Ausbau bestehender Siedlungen aufgrund natürlicher Bevölkerungsentwicklung akzeptierte, wurde aufgegeben und ein radikaler Neuansatz propagiert.

Das bisher von den USA anerkannte bzw. stillschweigend geduldete Prinzip des „natürlichen Wachstums“, welches den Ausbau bestehender Siedlungen aufgrund natürlicher Bevölkerungsentwicklung akzeptierte, wurde aufgegeben und ein radikaler Neuansatz propagiert.

Spätestens mit der Forderung eines Totalstopps waren die Beziehungen zwischen Israel und den USA gespannt. Die USA und insbesondere Barack Obama als Präsident gaben diesem Problem höchste Priorität und investierten erhebliches politisches Kapital in diese Frage. In Israel selbst wurde in linken Friedenskreisen nicht verstanden, warum man den Fokus auf ein partikulares Problem des Verhandlungsprozesses legte und gerade in dieser Frage voranzukommen hoffte.

Bisher war Grundlage des gemeinsamen Verständnisses von USA und Israel die explizit „verbrieft“ Anerkennung von „realities on the ground“. Dies bezog sich auf die Berücksichtigung der Siedlungen bei einer zukünftigen Einigung. Vereinbart wurde dies in einem Briefwechsel zwischen dem damaligen Ministerpräsidenten Ariel Sharon und dem US-ame-

rikanischen Präsidenten George W. Bush. Hinter der neuen Position stand offenbar die Vorstellung Obamas, auf Grundlage der Konzession Israels in der Siedlungsfrage den Forderungen der palästinensischen Seite und der arabischen Staaten entgegenzukommen und damit wiederum positive Schritte der arabischen Staaten in Richtung Israel zu erreichen.

KEIN VORANKOMMEN IN DER SIEDLUNGSFRAGE

Beides funktionierte nicht. Weder konnte Israel auf einen Totalstopp eingehen noch signalisierten die arabischen Staaten Obama auch nur ansatzweise Entgegenkommen. Im Gegenteil, bei seinem Besuch in Saudi-Arabien Anfang Juni 2009 bekam Obama ein deutliches „Nein“ zur Antwort. Auch die Hoffnung, dass die selbst von moderaten arabischen Staaten empfundene Bedrohung durch einen nach regionaler Hegemonie strebenden Iran zu einer neuen Annäherung an westliche Staaten und schließlich auch Israel führen würde, schwand zunehmend.

In Israel ließ die Koalition des Likud mit rechten Parteien keine Konzessionen in der Siedlungsfrage zu. De facto hatte jedoch die neue israelische Regierung unter Netanjahu – anders als unter seinen Vorgängern – keine neue öffentliche Siedlungstätigkeit genehmigt. Auch wurde ein Totalstopp des Siedlungsbaus von der breiten Bevölkerung nicht mitgetragen.

In Israel ließ die Koalition des Likud mit rechten Parteien keine Konzessionen in der Siedlungsfrage zu. De facto hatte jedoch die neue israelische Regierung unter Netanjahu – anders als unter seinen Vorgängern – keine neue öffentliche Siedlungstätigkeit genehmigt. Auch wurde ein Totalstopp des Siedlungsbaus von der breiten Bevölkerung nicht mitgetragen. Die Erfahrung der Militäraktion im Gazastreifen, mit der Israel auf den anhaltenden Raketenbeschuss nach dem Rückzug der israelischen Armee aus dem Gazastreifen reagierte, war in der Bevölkerung tief verwurzelt. Weitere Kompromisse in der Siedlungsfrage waren vor diesem Hintergrund schwierig zu vermitteln. Die Auseinandersetzung im Gazastreifen wurde im Bewusstsein der Bevölkerung durch die Verteidigung gegenüber den rechtlichen Angriffen auf Israel vor internationalen Gremien fortgesetzt. Dazu zählte auch die Goldstone-Untersuchung. Nicht zuletzt diese Auseinandersetzung verankerte das Gaza-Problem im öffentlichen Bewusstsein.

Außerdem wurde nicht nur in israelischen Friedenskreisen darauf hingewiesen, dass seit dem Beginn der Oslo-Verhandlungen das Prinzip des Landtausches inhärentes Verhandlungsprinzip sei. Das bedeutete, dass man einige der Sied-

lungen bzw. Siedlungsblöcke Israel zuschlagen würde. Als Ausgleich sollten die Palästinenser Land gleicher Qualität und Quantität erhalten.

DIE FORDERUNG NACH TOTALSTOPP BEHINDERT WEITERE VERHANDLUNGEN

Netanjahu bot deshalb an, möglichst schnell über die zukünftigen Grenzen zu verhandeln. Die Palästinenser präzisierten die Haltung Abbas' während seines Besuches in Washington und machten einen Totalstopp explizit zur Voraussetzung jeglicher weiterer Verhandlungen. Damit wurde von den Palästinensern die Siedlungsfrage vom Problem innerhalb der Verhandlungen zum Hindernis für Verhandlungen aufgewertet.

Damit wurde von den Palästinensern die Siedlungsfrage vom Problem innerhalb der Verhandlungen zum Hindernis für Verhandlungen aufgewertet.

Schon früh wurde durch die Haltung der Palästinenser klar, dass man mit dieser Politik die Verhandlungen eher behinderte: Während seines Besuchs bei Obama im Mai 2009 sprach Palästinenserpräsident Mahmud Abbas gegenüber der Presse von keinerlei Handlungsbedarf seitens der palästinensischen Seite. Vielmehr erwartete er, dass die USA mit ihrem Druck auf Israel erfolgreich sein würden. Die Palästinenser betrachteten den Fokus Obamas auf die Siedlungsfrage als wichtiges Indiz für die Zuwendung der USA hinter die Forderungen der Palästinenser – auch um den Preis einer angespannten Beziehung zu Israel.

Die EU und die europäischen Staaten – die erstmals seit vielen Jahren wieder bei ihrem transatlantischen Partner die gleiche politische Sprache wahrnahmen – unterstützten die Schritte Obamas, auch wenn die Abstimmung noch immer nicht dem von Obama angekündigten und von der EU begrüßten neuen Multilateralismus entsprach. Die EU folgte im Wesentlichen den Initiativen Obamas. Einzelne Statements, etwa eine Erklärung zu Jerusalem, wurden mit der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft koordiniert. Als deutliches Zeichen wurde in Israel gewertet, dass selbst bei einem Besuch in Italien im Juni 2009 von Berlusconi die Siedlungsfrage angesprochen wurde und sich dies bei weiteren Stationen der Reise Netanjahus in europäischen Hauptstädten wiederholte. Dass in wichtigen Fragen die EU jedoch tief gespalten bleibt, zeigte das Abstimmungsverhalten der EU-Staaten zur VN-Resolution über den Goldstone-Bericht Anfang November 2009.

Sieben Länder stimmten dagegen, fünf dafür, der Rest enthielt sich.

NEUER KOMPROMISS MIT ISRAEL IN DER SIEDLUNGSFRAGE

Spätestens beim Treffen Mitchells mit Netanjahu im August in London wurde deutlich, dass die USA einen Kompromiss mit Israel in der Siedlungsfrage suchten, um die verfahrenere Situation aufzulösen. Hierbei half das von Obama dem Iran gesetzte enge Zeitfenster für Verhandlungen um die Nuklearpolitik. Inzwischen war auch ein ausgewiesener Kenner der Entwicklungen im Nahen Osten, Dennis Ross, von Obama ins Weiße Haus geholt worden. Verstärkt bemühten sich die USA um eine bessere Atmosphäre als notwendige Voraussetzung für die Wiederaufnahme von Verhandlungen. Die taktische Umorientierung wurde mit einer zurückhaltenden Position in der Siedlungsfrage verknüpft, um die Aufnahme neuer Verhandlungen besser gestalten zu können.

Mit Israel wurde nun über ein Moratorium verhandelt, um einen einseitigen israelischen Stopp des Ausbaus von Siedlungen für sechs bis neun Monate zu beschließen. Ausnahmen hiervon bildeten 3000 bereits begonnene Bauprojekten im Osten Jerusalem. Dieses Moratorium sollte vor allem die Palästinenser überzeugen, wieder an den Verhandlungstisch zu kommen. Gleichzeitig wollte Israel abwarten, zu welchen

Schritten die Palästinenser bereit sein würden. Ein erster Erfolg für Obama war hierbei der von ihm vermittelte Handschlag zwischen Netanjahu und Abbas während der VN-Vollversammlung Ende September 2009 in New York. Eine erhoffte Wiederaufnahme von Verhandlungen war damit allerdings nicht verbunden.

Ein erster Erfolg für Obama war hierbei der von ihm vermittelte Handschlag zwischen Netanjahu und Abbas während der VN-Vollversammlung Ende September 2009 in New York. Eine erhoffte Wiederaufnahme von Verhandlungen war damit allerdings nicht verbunden.

SCHWÄCHUNG VON PALÄSTINENSERPRÄSIDENT ABBAS

Für Abbas bedeutete dies eine weitere Schwächung, da er ohne vorzeigbare Ergebnisse einem Treffen zugestimmt hatte. Abbas hatte sich zwar auf dem von ihm einberufenen Fatah-Kongress im August weitgehend gegen seine internen Widersacher, insbesondere aus der „jungen Generation“, durchsetzen können. Die USA (und Israel) waren jedoch nicht überzeugt, dass die Fatah Gewalt als Mittel für die Zukunft

völlig ausgeschlossen hatte (der israelische Informationsminister, Yuli Edelstein, sah in der Fatah-Erklärung gar eine „Kriegserklärung an Israel“, weil sie den gewaltsamen Widerstand nicht ausschloss). Viele Palästinenser waren auf Grundlage dessen von Abbas enttäuscht.

Die Lage von Abbas blieb prekär, da die tiefe Kluft zur Hamas weiter jegliches Vorankommen belastete. Geschwächt wurde die Position Abbas' zusätzlich durch ein unglückliches Agieren nach der Veröffentlichung des Berichtes der Goldstone-Untersuchungskommission, welche das militärische Vorgehen der israelischen Armee im Gazastreifen untersuchte. Auch auf Druck der USA bemühte sich Abbas zunächst nicht, den Bericht in der VN-Menschenrechtskommission umgehend diskutieren zu lassen. Dies rief nicht nur die Frontalkritik der Hamas hervor, auch in der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland wuchs der Unmut. Vertreter seiner eigenen Fatah-Partei sprachen Abbas jegliche weitere Führungsrolle ab. Während der Militäraktion hatte Abbas gegenüber der israelischen Regierung angeblich deutlich gemacht, dass er an einer weitgehenden militärischen Vernichtung der Hamas interessiert sei. Ein Einlenken Abbas' und die Diskussion des Berichts im VN-Menschenrechtsausschuss in Genf sowie die folgende Überweisung des Berichts an die VN-Generalversammlung und den Sicherheitsrat konnten die dauerhafte politische Beschädigung Abbas' nicht aufhalten.

Intern wurde Abbas u. a. von seinem Ministerpräsidenten Salam Fayyad unter Druck gesetzt. Fayyad hatte einen Plan verkündet, wonach in den nächsten zwei Jahren die notwendigen Institutionen für die Ausrufung eines palästinensischen Staates geschaffen werden sollten. Dies wurde als Mittel der politischen Profilierung Fayyads angesehen, wäre die Verkündung eines so wichtigen Planes doch Sache des Präsidenten gewesen. Auch Obama hatte vor dem Treffen bei den VN im September, das heißt vor dem erhofften Neustart der Verhandlungen, ein Zeitfenster von zwei Jahren für die Gründung eines palästinensischen Staates genannt.

DER RÜCKZUG VON ABBAS UND DIE AUFGABE DES VERHANDLUNGSPRINZIPS DURCH DIE PALÄSTINENSER

Hillary Clinton verkündete bei ihrem Besuch im November 2009 in Israel, die Angebote Netanjahus in Bezug auf die

Siedlungsfrage seien „beispiellos“. Offenbar hatte die Obama-Administration weitgehende Konzessionen von Netanjahu erhalten. Von palästinensischer Seite konnte sie keine entsprechenden Zugeständnisse erreichen. Hinzu kam die Mitteilung des „tief enttäuschten“ Abbas, der bei den ursprünglich per Dekret für den 24. Januar 2010 angeordneten und nun bereits auf unbestimmte Zeit verschobenen Wahlen nicht mehr antreten wolle. Als Grund nannte er neben der gescheiterten Einigung mit der Hamas vor allem den festgefahrenen Verhandlungsprozess mit Israel. Folglich war er auch enttäuscht

Da es keine Kandidaten gibt, die realistische Chancen besitzen, eine Mehrheit ohne die Hamas zu erreichen, könnte dies das Ende der aus den Oslo-Verträgen hervorgegangenen Palästinensischen Autonomiebehörde bedeuten.

von den USA, die ihre harte Haltung in der Siedlungsfrage aufgegeben hatten. Da es keine Kandidaten gibt, die realistische Chancen besitzen, eine Mehrheit ohne die Hamas zu erreichen, könnte dies das Ende der aus den Oslo-Verträgen hervorgegangenen Palästinensischen Autonomiebehörde bedeuten. Dieser Rückzug Abbas' war nicht zuletzt ein Affront gegenüber Obama, schließlich aber die Konsequenz aus dem immer enger werdenden politischen Handlungsspielraum aufgrund des Agierens in der Siedlungsfrage.

In israelischen Kreisen wurde darüber spekuliert, inwiefern Obama diesen Rückzug billige. Kommentatoren wiesen jedoch daraufhin, dass jetzt seine – bisher nicht in Frage gestellte – Position als Fatah-Führer und PLO-Vorsitzender deutlich wichtiger sei. Vor allem letztere sei entscheidend für weitere Verhandlungen, nicht die Präsidentschaft in der Autonomiebehörde. Insofern könnte sich die Drohung Abbas' weniger dramatisch erweisen, als dies zunächst schien.

Allerdings sind die Palästinenser inzwischen einen Schritt weiter gegangen. Wurde von den Palästinensern seit dem Insistieren der Obama-Administration in der Siedlungsfrage die Einstellung jeglicher Siedlungstätigkeit als Voraussetzung neuer Verhandlungen genannt, scheinen jetzt die Palästinenser das Prinzip der Einigung durch Verhandlungen ganz aufzugeben haben. Immer lauter werden Ankündigungen der palästinensischen Führung, u. a. von Chefunterhändler Saeb Erekat, einen palästinensischen Staat ohne weitere Verhandlungen einseitig auszurufen und diesen von den Vereinten Nationen anerkennen zu lassen. Erekat behauptete zunächst, dass er dafür bereits die Unterstützung von Ban Ki-Moon sowie der arabischen Staaten besitze; mit der EU, insbesondere mit dem hohen Vertreter der Gemeinsamen Außen- und

Sicherheitspolitik, Javier Solana, seien die Palästinenser auf einem guten Weg, mit den USA werde die Frage bereits intensiv besprochen.

ABLEHNENDE REAKTIONEN AUS ISRAEL, DEN USA UND DER EUROPÄISCHEN UNION

Israel lehnte einseitige Schritte der Palästinenser umgehend kategorisch ab und kündigte für diesen Fall eigene einseitige Schritte an, was bisherige Abkommen, wie die Oslo-Vereinbarungen, in Frage stellen würde.

Von Interesse war in diesem Zusammenhang die Rede des Stabschefs im Weißen Haus, Rahm Emanuel, vor der Generalversammlung jüdischer Organisationen in den USA Anfang November. Emanuel sprach, dass nur im Dialog ein nachhaltiger Frieden möglich sei. Verhandlungen müssten ohne Vorbedingungen sofort beginnen. In der Folge haben die USA auch offiziell reagiert: Der Sprecher des US-Außenministeriums, Ian Kelly, machte deutlich, dass die USA die Schaffung eines palästinensischen Staates unterstützen würden. Dies müsse aber durch Verhandlungen erreicht werden. Inzwischen hat auch der schwedische Außenminister Carl Bildt für die schwedische EU-Ratspräsidentschaft offiziell mitgeteilt, dass man einseitige palästinensische Schritte nicht befürwortete. Gleichwohl setzt Mahmud Abbas seine Bemühungen – nun auf einer Reise durch Lateinamerika – fort, Unterstützung für die einseitige Ausrufung und Anerkennung eines palästinensischen Staates durch die Vereinten Nationen zu erhalten.

WEITERHIN SICHTBARE SPANNUNGEN

Als neuen Höhepunkt der angespannten Lage wird in Israel der Besuch Netanjahus in Washington gesehen. Netanjahu war ebenfalls als Redner auf der Generalversammlung jüdischer Organisationen eingeladen und bemühte sich um einen Termin bei Präsident Obama. Erst als sich Netanjahu bereits auf dem Weg nach Washington befand, wurde nach langer Ungewissheit der Termin bestätigt. Das Treffen fand auf Wunsch Obamas ohne Presse statt, nach vier Tagen wurde ein einziges Foto freigegeben. Vom Inhalt des Gespräches ist bislang nichts bekannt. Der Popularität Netanjahus in Israel hat dies keinen Abbruch getan. Gleichwohl hat die Unterstützung für Obama abgenommen, trotz der strategisch wichtigen Außenbeziehungen zu den USA. Zudem wächst die Unsi-

cherheit im Land, inwieweit sich die USA weiterhin der Sicherheit Israels verpflichtet sehen. Der US-Botschafter in Israel, James Cunningham, reagierte auf einer Veranstaltung Anfang November in Tel Aviv auf die allgemeine Sorge der Israelis und versicherte sie der Freundschaft seines Landes. Ebenso sah sich die amerikanische Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Susan Rice, bei ihrem Besuch in Jerusalem aufgefordert, die Verpflichtung der USA für die Sicherheit Israels hervorzuheben.

REORIENTIERUNG DER US-POLITIK IM NAHOSTKONFLIKT?

Nach zehn Monaten intensiver Bemühungen Obamas im Nahen Osten sind noch keine positiven Ergebnisse der neuen Politik erkennbar. Im Gegenteil: Die gegenwärtige Situation, in der substanzielle Verhandlungen in weite Ferne gerückt sind, führt nicht nur zurück zur Situation vor der Konferenz in Annapolis, sondern hinterfragt selbst die Ergebnisse des Oslo-Prozesses.

Nach zehn Monaten intensiver Bemühungen Obamas im Nahen Osten sind noch keine positiven Ergebnisse der neuen Politik erkennbar. Im Gegenteil: Die gegenwärtige Situation, in der substanzielle Verhandlungen in weite Ferne gerückt sind, führt nicht nur zurück zur Situation vor der Konferenz in Annapolis, sondern hinterfragt selbst die Ergebnisse des Oslo-Prozesses. Damit ist die Situation im Nahen Osten so schwierig wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

Es scheint, als gäbe es derzeit keinerlei Dialog zwischen Israel, den USA und den Palästinensern, sondern nur einen Monolog der jeweiligen Repräsentanten. Abzuwarten bleibt, welche der beiden grundsätzlichen Handlungsoptionen die USA jetzt verfolgen werden. Sich ganz herauszuhalten ist sicher keine Option, dazu ist der Nahostkonflikt auch für die USA zu wichtig. Grundsätzlich könnten die USA die Bemühungen neu starten und durch ein stärkeres persönliches Engagement des US-Präsidenten über die bisher vor allem deklaratorische Politik hinaus intensivieren. Andernfalls könnten die USA die Intensität der eigenen Bemühungen zurückfahren und sich stärker aus dem israelisch-palästinensischen Konflikt heraushalten. Das Scheitern in der Siedlungsfrage hat Obama in Israel, den arabischen Staaten und bei den Palästinensern einen Teil seiner Glaubwürdigkeit einbüßen lassen. Damit wird in der Region die Frage aufgeworfen, was die Obama-Administration tatsächlich erreichen kann, wenn schon die Siedlungsfrage ein unüberbrückbares Hindernis darstellt.

In Washington wird jetzt darüber diskutiert, wie weit die Rolle der USA im Nahostkonflikt ausgedehnt werden soll. Zwar

ist die Forderung von Thomas Friedman in einem Meinungsartikel in der *New York Times* unrealistisch, wonach sich die USA solange aus dem Nahostkonflikt heraushalten sollten, bis die Konfliktparteien selbst einig sind weiterzuverhandeln. Ähnliche Äußerungen, wie die des früheren US-Außenministers James Baker: „When you’re serious, give us a call: 202-456-1414“, sind nun wieder häufiger zu hören.

Vertraut man diesen Aussagen, so könnte sich zumindest die Intensität der US-Vermittlung im israelisch-palästinensischen Konflikt abschwächen. In jedem Fall gilt, dass für die Obama-Administration Probleme wie im Iran, Nordkorea, Pakistan und Afghanistan – und nicht zuletzt die Auswirkungen der Finanzkrise – dringender erscheinen. Der Nahostkonflikt ist zwar wichtig, hat aber nicht oberste Priorität, wie es noch zu Beginn der neuen Administration den Anschein hatte. An die Stelle anfänglicher Überzeugung und Hoffnung, schnell Probleme lösen zu können, scheint nun vorerst ein Management der Probleme getreten zu sein.

Vertraut man diesen Aussagen, so könnte sich zumindest die Intensität der US-Vermittlung im israelisch-palästinensischen Konflikt abschwächen. In jedem Fall gilt, dass für die Obama-Administration Probleme wie im Iran, Nordkorea, Pakistan und Afghanistan – und nicht zuletzt die Auswirkungen der Finanzkrise – dringender erscheinen.

Abzuwarten bleibt, welche Auswirkungen die Affäre um den Waffenfund auf dem von Israel aufgebrachten Frachter *Francop* für die Nahostpolitik der USA spielt. Derzeit ist die vom Iran unterstützte Bewaffnung der Hamas und Hizbullah in den Hintergrund der Wahrnehmung getreten, könnte aber bei militärischen Auseinandersetzungen wieder in den Fokus gelangen. In der Zeit der Bush-Administration war eine ähnliche Affäre um Waffenlieferungen auf der *Karine A* zum Wendepunkt der amerikanischen Politik gegenüber Arafat geworden. Die *Francop*-Affäre könnte nun Auswirkungen auf die Stellung der USA zum Iran, aber auch zur Sicherheitslage bzw. Bedrohung Israels besitzen.

Verbunden mit dem von der IAEA veröffentlichten Bericht, wonach die vom Iran vor Kurzem deklarierte Nuklearanlage in Qom bereits älter ist und als Teil eines Netzwerkes verstanden werden muss, erscheint es als möglich, dass weitere bislang undeklarierte Anlagen existieren. In Israel hofft man insgeheim, dass diese Entwicklungen in den USA dazu führen, sich stärker mit dem Iran und der vom Iran betriebenen Destabilisierung der Region durch die Unterstützung von Hamas und Hizbullah zu widmen.

Ob es wirklich zu einer Reorientierung der Obama-Administration und einer Einschränkung des Engagements im israelisch-palästinensischen Konflikt angesichts enttäuschter Hoffnungen und bislang ergebnisloser Schritte kommen wird, bleibt abzuwarten. Eines wird man Obama jedenfalls nicht vorwerfen können; dass er nicht früh seine Popularität, den neuen Enthusiasmus und eine neue Rhetorik eingesetzt hat, um im Nahen Osten voranzukommen. Allerdings hat dieses hohe politische Kapital bislang keine Rendite erbracht.

Der Artikel wurde am 16.11.2009 abgeschlossen.